

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

18.10.1863 (No. 245)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. Oktober.

N. 245.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Marseille, 15. Okt. Briefe aus Konstantinopel vom 8. d. melden, daß der Polizeiminister Selim Pascha durch den Gouverneur von Damaskus, Mehemet, ersetzt worden ist. Die Bank wird wieder in Smyrna, Beyruth, Alexandria, Saloniki und Adrianopel Succursalen errichtet. Der Ueberschuß des Budgets beläuft sich auf 2 1/2 Million Franken. Man hat im Kantafus Waffen und Munition ausgeladen; man spricht von 3000 Gewehren, von 8 gezogenen Kanonen und von 3 Millionen Patronen. Der Pascha von Trapezunt ist, auf die Klage Rußlands, nach Konstantinopel gerufen worden, um von seinem Verfahren Rechenschaft zu geben. Man schreibt aus Athen vom 9. d.: Die Depesche, welche das Votum der Aemoren der Ionischen Inseln anzeigt, hat eine allgemeine Begeisterung hervorgerufen. Die Nationalversammlung wohnt dem Tebeum bei. Der König wird sich zuerst nach Athen begeben und später Korfu besuchen.

New-York, 10. Okt. Die Südstaatlichen griffen am 28. v. M. vergebens den rechten Flügel der Rosenkranz'schen Armee an und begannen am 5. d. die Beschießung von Chattanooga. General Lee setzt die Befestigung der Rapidan-Furt fort. Aus Charleston, 6. d., wird gemeldet, daß ein Angriff der Südlischen auf die Fregatte „Triton“ einige Havarien verursachte. Einem Gerücht zufolge wäre eine französische Fregatte nach Charleston unterwegs. Der „Herald“ spricht von einer Diskussion von Friedensvorschlägen nicht bekannter Art von Seiten der Unionregierung. Colbagio 44/6, Wechsel auf London 162, Baumwolle 89—90.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Okt. In einem Artikel der „N. Preuss. Ztg.“ (ber auch in dieses Blatt übergegangen ist) war bemerkt worden, daß von verschiedenen Regierungen gewichtige Bedenken gegen die Politik ausgesprochen worden seien, wie sie in der Depesche des Grafen Rechberg vom 26. v. M. formulirt worden. Bezüglich dieser Angelegenheit schreibt man dem genannten Blatt weiter:

Statt nun eine Verständigung mit Preußen anzubahnen, setzt das Wiener Kabinet seinen Versuch gegen Preußen, eine Koalition zu Stande zu bringen, weiter fort. Graf Rechberg hat daher eine zweite Depesche an die verbundenen deutschen Regierungen gerichtet, um besonders die mit der Entschliessung noch zögernden Kabinette zu gewinnen. Sie werden darin wiederum aufgefordert, durch identische Erklärungen oder Kollektivschritte die preussischen Propositionen abzulehnen. Sobald sie sich hierzu verpflichtet hätten, solle der Entwurf der Depesche unverzüglich vorgelegt werden. Ich mache schon neulich darauf aufmerksam, daß die spätere Depesche je nach dem politischen Standpunkt der einzelnen Regierungen in der Reformfrage mehr oder minder modifizirt worden war; auch dieses jüngste Schriftstück des Grafen Rechberg soll für jene Regierungen, deren man in Wien nicht ganz sicher zu sein glaubt, eine vorsichtiger und mildere Fassung erhalten haben. Mehrere der bedeutenderen Regierungen haben auch, wie mir mitgetheilt wird, sogleich die Antwort ertheilt, daß es schwierig in den jetzigen kritischen Momenten an der Zeit sei, durch neue identische Schritte den Zwiespalt in Deutschland, der ohnehin schon sehr zugefügt sei, noch weiter zu treiben und zu nähren. Eine Regierung soll nach der Versicherung meines Gewährsmannes auch geradezu erklärt haben, daß sie die preussischen Propositionen durchaus nicht für unannehmbar halte. Die directen Wahlen zu der Vertretung am Bunde seien gar nicht so gefährlich; zunächst komme es doch dabei auf Verhandlungen an, um

Die Cöllinger Wirthstochter.

(Fortsetzung aus Nr. 244.)

Wohl schwebte dem Hans die Frage auf den Lippen, ob denn die Gäste länger bleiben wollten; aber der Alte wandte sich prüfend an die Küchensöpfe und führte ihn dann selbst nach der Wirthstube, um Marianne, die dem Hans noch einen freundschaftlichen Blick zum Abschied zuwarf, ihren wichtigen Geschäften zu überlassen.

Nach einer halben Stunde wanderten Hans und der Knecht Jakob mit einander das Regelmäße hinaus.

„Und Du mußt den Herren ihr Gepäck in Eßbach abholen,“ sagte Hans zu dem gutmüthigen alten Jakob, dem wahren Wilde eines treuen Bauernknechtes, der schon seit seiner frühesten Jugend in dem Meyer'schen Hause gedient hatte.

„Ja, es scheint, daß sie da oben bleiben wollen und viel Geld haben,“ antwortete dieser; „aber, freiest Du, Hans, die Herren gefallen mir nicht, wenn sie auch noch so reich sind — ich hab' so meine Gedanken.“

„Du magst recht haben, Jakob,“ sagte Hans darauf, nach einigem Nachdenken; „was sollen sie auch da oben wollen, es kann nichts Gutes sein; meinst Du nicht auch? — Und der junge, stolze Herr —“

Jakob lächelte.

„Sm!“ meinte er, „der scheint allerdings so ein reicher Springinsfeld und Mädchenjäger zu sein; da hat er sich aber verrechnet, und selbst an dem Meister. Denn ich kann Dir's ja wohl sagen, daß der Meister für das schmutze Tüchlein seine Augen schon auf einen reichen Wirthsen geworfen hat.“

„Den reichen Herr von Hünningen da drüben?“ fiel ihm Hans in's Wort. „Ja ja ein halber Franzos,“ sagte er mit einer gewissen Aufregung hinzu. „Nein, nein, die Marianne will den Herr nicht, will keinen Franzos, nein, nein.“

den Wahlmodus festzustellen; dieser werde aber ohne Schwierigkeit festzustellen sein, wenn Oesterreich sich nur zu Konzessionen in der Paritätsfrage verstehen wollte. — Auffallend erscheint besonders in diesem Verhalten das Verlangen des Grafen Rechberg, daß die betreffenden Regierungen eine Verpflichtung übernehmen sollen, ehe noch die Formulirung der Depesche erfolgt ist.

Stuttgart, 16. Okt. Zur Einweihung und Eröffnung der Ruhmeshalle in Kehlheim hatte König Ludwig von Bayern eine besondere Einladung an unsern König erlassen, als den einzigen, aus den Befreiungskriegen noch lebenden Feldherrn und Kommandeur eines großen, selbständigen Korps. Der König hat sich jedoch bei seinem hohen Alter veranlaßt gefunden, sich durch den Kriegsminister v. Müller, der gestern deshalb abreiste, vertreten zu lassen.

Die Einberufung unseres schon so lange verzögerten Landtages — an welcher Verzögerung hauptsächlich Hr. Moritz Noth mit seinem entlofenen Verichte über (gegen) den preussisch-französischen Handelsvertrag die Schuld trägt — soll nun definitiv auf die 3. Woche des Monats November beschloffen sein, — falls nicht abermals unerwartete Hindernisse eine neue Zögerung bringen.

Die Feier des 18. Oktobers wird in unserm Lande eine ziemlich allgemeine sein, und hat die Stadt Stuttgart ihren Vorstand, Stadtschultheiß Sick, und einen Gemeindevorstand zur Hauptfeier nach Leipzig abgeordnet, welche gestern die Reise dahin angetreten haben.

Koblenz, 16. Okt. (Fr. P.-Ztg.) Die nach der polizeilichen Auflösung am Sonntag Abend auf gestern Abend anberaumte Urwählerversammlung der liberalen Partei war, wie sich voraussehen ließ, von allen Ständen unserer Bevölkerung überaus zahlreich besucht; der sehr geräumige Saal des „Kütticher Hofes“ vermochte die Menge kaum zu fassen. Von Seiten der Polizeibehörde waren zwei Kommissäre anwesend; Alles war in gespanntester Erwartung der Dinge, die da kommen sollten. Endlich erschien der Vorsitzende, Hr. Advokat-Anwalt Bremig, der mit einem nicht enden wollenden Applaus empfangen wurde. Derselbe ermahnte, gegenüber den Vorfällen von Sonntag Abend, zur Ruhe und zu einem mannhaften Benehmen, um den anwesenden Polizeibeamten keinen Anlaß zur Auflösung der Versammlung zu geben; denn er erkenne vollkommen die schwierige Stellung, in der sich diese befänden. Der Vorsitzende entwickelte hierauf in gebiegender Bortrag die Ungeheuerlichkeit der Auflösung von Seiten des Inspektors Köpcke am vorigen Sonntag und suchte dies durch das Vereinsgesetz zu erhärten. Nachdem er die nöthigen Schritte bei k. Regierung gethan, wollte er abwarten, ob noch ein Recht besteshe und ausgenützt werde. Anhaltender Beifall folgte den Worten des Redners. Hierauf wurde über das Verhalten bei den bevorstehenden Wahlen eingehend gesprochen, worauf man mit dem festen Willen auseinanderging, zahlreich an der Wahlurne zu erscheinen und die alten Wahlmänner wieder zu wählen. Die Freunde der Fraktion Reichensperger (katholische Partei) werden sich nicht an den Wahlen betheiligen.

Bremen, 13. Okt. (W.-Z.) In Sachen des deutschen Handelsgelehrten hat die Bürgererschaft nunmehr in die vom Senat beantragte erneuerte Deputationsberatung über die Bedenken des Senats wegen der Bestimmungen über die Handelsgesellschaften gewilligt, und der Senat seine Kommissarien für diese Deputation ernannt.

„Weißt, weiß, was die Marianne will,“ lachte Jakob, „und hat recht, sag' ich, auch die Weiserin will nicht vor dem Herr wissen — darum, Hans, nur nicht so verkört und gehofft, he! weißt ja, daß der Jakob Dich gern hat und dem schmutzen Maibde auch wohl will. Werde schon die Augen aufhaben!“

„Willst Du, Jakob?“ rief Hans, indem er ihn an den Händen faßte.

„Ich will — aber da geht mein Weg nach Eßbach und Du mußt noch zeitig nach Rötteln kommen. Also auf Wiedersehen, Hans!“

Beide trennten sich; der alte Knecht ging bald singend, bald pfeifend den Weg hinab, indessen Hans, durch das Versprechen Jakob's zwar beruhigt, dennoch aber in trübem Gedanken vertieft, den Vergahang entlang seinen Weg gegen Rötteln nahm.

2.

Ehe wir in unserer Erzählung weiter gehen können, wird es notwendig sein, einen kurzen Blick zu werfen auf die geschichtlichen Ereignisse jener Zeit, in welcher unsere Erzählung spielt. Da es natürlich nicht unsere Aufgabe sein kann, eine geschichtliche Abhandlung zu liefern, so genügt es hier mit wenig Worten. Seit dem Jahre 1700 war in Folge des Absterbens Karls II. von Spanien der so berühmte und blutige Erbfolgekrieg zwischen Frankreich, Oesterreich und Bayern entbrannt, und hatte zu dem Spanischen Erbfolgekrieg gedrängt, der insbesondere im Spätjahre 1702, in welche Zeit wir unser Leser einführen möchten, auch den südwestlichen Theil des Schwarzwaldes zum Schauplatz gewählte. Frankreich und Bayern hatten sich geeinigt, um Oesterreich zu bekämpfen, welches mit den übrigen deutschen Staaten, mit Ausnahme des französisch gemütheten Kurfürsten von Köln, und wie bemerkt Bayern, im Bunde gegen Frankreich standen. Auf beiden Seiten waren die Streitkräfte auf eine für jene Zeit sehr beträchtliche Höhe gebracht worden, und es handelte sich im Jahre 1702 für den französischen Feldherrn darum, eine Vereinigung seiner Truppen mit

Man hofft ziemlich allgemein, daß aus den Berathungen dieser Deputation sehr bald eine Verständigung zwischen Senat und Bürgerchaft, welche letztere auf der Annahme des Handelsgelehrten beharrt, hervorgehen, und die Einführung des Handelsgelehrten im Anfang nächsten Jahres erfolgen werde.

Lübeck, 13. Okt. Die „Lübecker Ztg.“ berichtet die Mittheilung der „N. Preuss. Ztg.“, laut welcher auch von Seiten der Hansestädte auf die letzte Zirkulardepesche des Wiener Kabinetts in Betreff der österreichischen Bundesreform-Pläne eine zustimmende Antwort erfolgt sein soll. Es ist dies, wie sie aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, keineswegs geschehen, und es ist sogar mit gutem Grunde zu bezweifeln, daß überhaupt eine solche Depesche des Wiener Kabinetts den Hansestädten zugeht.

Oldenburg, 14. Okt. (W.-Z.) Ueber den kürzlich auch in der Jahrbuch umherkreuzenden dänischen Kriegskutter erfahren wir jetzt näher aus Heppens, daß es die Absicht der Dänen gewesen zu sein scheint, an Ort und Stelle sich davon zu überzeugen, wie weit die Arbeiten am preussischen Kriegshafen vorgebracht seien. Am 10. d. ward vom Kriegskutter ein Boot mit 7 Mann nach dem Hafen geschickt, und es erbat sich der Führer die Erlaubniß, die Hafenanstalt zu besichtigen, was indeß nicht gewährt wurde. Nach einem kurzen Aufenthalt fuhr die Mannschaft wieder ab. Bei der gegenwärtigen Lage der Arbeiten hegt man übrigens wenig Besorgnisse, wenn es im Fall eines ausbrechenden Krieges auf eine Zerstörung der Werke von der Seeherseite aus abgesehen sein sollte.

Berlin, 15. Okt. Die „Rhein. Ztg.“ schreibt: Im preussischen Herrenhause sitzen dreißig und einige unmittelbare Staatsbeamte, darunter Obergerichtspräsidenten, Obergerichtsräthe, Ministerialräthe, Oberpräsidenten, Appellationsgerichts-Präsidenten, Regierungspräsidenten, Professoren, Gesandte, der General-Staatsanwalt, der Stadtkommandant von Berlin, ja, auch verschiedene Landräthe. Man mag über das Herrenhaus denken, was man will, so viel steht jedenfalls fest, daß die in Folge der Präsentation berufenen Mitglieder sich in einem ähnlichen Verhältnisse befinden, wie die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, und daß eine ganze Reihe von den beamteten Mitgliedern, namentlich die Landräthe, in ihrem Amte vertreten werden müssen, wenn sie in das Herrenhaus treten. Es fällt unter diesen Umständen auf, daß der Staatsministerialbeschluss vom 22. v. M. nur die Kosten der Stellvertretung für die aus Staatsfonds besoldeten Beamten, welche Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, zum Gegenstande hat.

Gestern wurden hier in den verschiedensten Stadttheilen Anschläge an den Hausstüren, welche Einladungen zu Urwähler-Versammlungen behufs der Wahlbesprechung enthielten, durch Schutzleute abgerissen. — Der bei der Kredittheilung des Stadtgerichts beschäftigte Gerichtsassessor Laßler ist nach der „Berl. Ref.“ zum Rechtsanwalt in Gumbinnen ernannt worden. — In Berlin sind die Postbeamten in den letzten Tagen dienstlich angewiesen, bei den bevorstehenden Wahlen jeder anscheinenden Parteinehmer gegen die gegenwärtige Staatsregierung sich zu enthalten. — Die „K. H. Z.“ meldet, daß den Dozenten der Königsberger Albertus-Universität bis jetzt ein Wahlerlaß des Kultusministers nicht insinuirt sei. Sie schließen daraus, daß

jenen des bayerischen Kurfürsten, der nach der Einnahme oder vielmehr Ueberrumpfung von Ulm die Donau heraufstiege, anzustreben, und selbstverständlich suchte der Reichsfeldherr, der durch sein militärisches Geschick berühmte Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden, diese Vereinigung zu hintertreiben. Sobald deshalb der französische König sich bei Landau bedroht sah durch das geschickte und kühne Vorgehen des Reichsfeldherrn, so entschloß er sich zu einem weitläufigen Unternehmen und befohl dessen Ausführung dem damaligen Feldherrn Salmat; da dieser jedoch zögerte, sendete er zur Vollführung derselben den jungen und verwegenen General Villars in's Feldlager. Dieses kühne Manöver sollte nämlich darin bestehen, daß ein französisches Armeekorps bei der Festung Hünningen über den Rhein gesetzt würde, um auf diese Weise vordringend, dem bayerischen Heere an der Donau die Hand zu bieten. Auf die erste Nachricht hin, daß Villars bei Hünningen über den Rhein zu gehen gedente, sendete Markgraf Ludwig den Feldzeugmeister Grafen Eggon von Fürstenberg, seine Streitkräfte nach dem bedrohten Uebergangspunkte zu dirigiren.

Wir wollen nun zur besseren Beurtheilung einen Blick auf die Vorgänge werfen und die einzelnen Punkte bezeichnen, welche auch für unsere Erzählung von Interesse sind. (Fortsetzung folgt.)

*) Nach der interessanten und ausführlichen Schilderung des jetzigen Herrn Obrist G. Wieland von Basel im „Basler Taschenbuch“, Jahrgang 1856, unter dem Titel: „Die Schlacht von Friedlingen.“
N. d. Verf.

— Paris, 15. Okt. Die Eröffnung des italienischen Theaters ist gestern mit glänzendem Erfolge vor sich gegangen. Hr. Bagier, der neue Direktor, hat das Haus auf das geschmackvollste und prächtigste herrichten lassen. Frau de la Grange und Hr. de la Sebie hatten die Ehre des Abends. Die Zahl der Abonnenten ist bedeutend größer, als im vorigen Jahre.

die Nachricht der „N. N.“, nach welcher eine an die Provinzialbehörden ergangene Verfügung des Kultusministers den Wahlerlaß des Ministers des Innern auch auf die Lehrer aller Grade beziehen soll, wohl nicht richtig sei. — Ein „Eingekandt“ im „Neuen Elb. Anz.“ lautet: In seinem letzten Wahlerlaß verordnet der Hr. Justizminister für die Gerichtsbeamten Folgendes:

Den richterlichen Beamten wird es auch außerhalb ihrer Berufshätigkeit geboten erscheinen, sich davon fern zu halten, der einen oder der andern Partei eine hervorragende Unterstützung zu gewähren, weil dadurch der entgegengesetzten Partei das Vertrauen genommen würde, mit welchem sie sich an den Richter zu wenden hat. Deshalb könnte ich es nicht billigen, wenn sich die richterlichen Beamten bei den in der nächsten Zeit bevorstehenden Wahltagungen in einer Weise betheiligten, welche es in Zweifel gerathen ließe, ob sie jene unparteiische Stellung nach allen Richtungen hin einzunehmen und festzuhalten gewillt oder im Stande sind.

Berlin, 16. Okt. Wegen der am Dienstag den 20. d. M. stattfindenden Urwahlen sind die auf diesen Tag angelegten Kontrollversammlungen der Landwehrmannschaften auf eine möglichst lebhaftere Betheiligung an den Wahlen hingearbeitet. Hand in Hand mit den verschiedenen Wahlkomitees sucht die Presse je nach ihrem Standpunkt den Eifer der Wählermassen anzufeuern. Gleichzeitig ist man bestrebt, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche auf dem Gebiet der sozialen Verhältnisse namentlich den Arbeiterklassen die Ausübung ihres Wahlrechts erschweren. Die schon vor mehreren Wochen von der Fortschrittspartei ausgegangene Lösung, daß die Arbeitgeber zu bestimmen seien, den von ihnen beschäftigten Urwählern am Wahltag ohne Lohnabzug die nötige freie Zeit zur Stimmabgabe zu verstaten, wird neuerdings mit wachsendem Nachdruck zur Geltung gebracht. Als eine beachtenswerthe Erscheinung wird es hier angesehen, daß bei den jetzigen Wahlen auch einige Kabinettsmitglieder sich geneigt erklärt haben, Abgeordnetenmandate zu übernehmen. Namentlich wird in dem Herforder Bezirk die Wahl des Finanzministers v. Bodelschwingh betrieben, während der Ministerpräsident v. Bismarck und der Kriegsminister v. Roon im Goldaper Wahlkreis als Kandidaten aufgestellt sind. Außerdem ist noch in einem pommerischen Bezirk die Kandidatur des Hrn. v. Roon proklamirt worden. — Von dem kürzlich veröffentlichten Bescheid, welchen Se. Maj. der König auf eine die Wahlen betreffende Eingabe der Dorfgemeinde Steingrund in Schlesien von Baden-Baden aus erteilt hat, sind von Seiten des „Preussischen Volksvereins“ viele Tausend Abdrücke nach den Provinzen entsendet worden, um an die Wähler vertheilt zu werden.

Vom königl. Ministerium der landwirthsch. Angelegenheiten ist zur Gewinnung einer möglichst vollständigen Uebersicht über alle bemerkenswerthen Erscheinungen auf dem Gebiete der Landwirthschaft vor kurzem angeordnet worden, daß die landwirthsch. Vereine fortan ihre Jahresberichte nach einem bestimmten Formular erstatten und zu den statistischen Angaben bestimmte gleichmäßige Tabellen beifügen. Die Anregung zu dieser Einrichtung hat der Direktor des statistischen Bureau's, Geh. Rath Engel, gegeben. Eine unlängst dem Minister überreichte Denkschrift desselben legt die Vorzüge genauer statistischer Aufnahmen für die Landwirthschaft, sowie die Mängel dar, welche bisher in Preußen sich in dieser Beziehung noch gezeigt haben.

Heute früh ist der Feldmarschall v. Wrangel zu der am 18. stattfindenden Einweihung der „Befreiungshalle“ nach Kelheim an der Donau abgereist. — Gutem Vernehmen nach wird der I. bayrische Ministerialrath v. Weizner, welcher früher als Zollvereins-Kommissar eine Reihe von Jahren in Berlin lebte, als Vertreter Bayerns auf der zu Anfang November hier beginnenden Zollvereins-Konferenz fungiren. — Im hiesigen General-Postamt ist man mit der Aufstellung des Entwurfs einer neuen Portotaxe beschäftigt. Nach den dabei gemachten Vorschlägen soll künftig das Porto für einen Brief bis zu 30 Meilen nur 1 Sgr., bis 50 Meilen 2 Sgr., und auf weitere Entfernungen 3 Sgr. betragen.

Danzig, 14. Okt. (D. D.) Das in Beschlag genommene englische Schiff „Bessie“, Kapit. Bornessow, ist nunmehr vollständig gelocht und sind in den sonst mit Porzellanerde gefüllten Fässern 620 Gewehre mit Stechbajonet, 198 Gewehre mit Haubajonet und eisernen Säbelscheiden, 175 Karabiner und diverse Kugelformen vorgefunden. Die Waffen wiegen ca. 100 Zentner und betragen demnach die sechsfache Steuerstrafe, welche statt der fünfjährigen, in Ansehung der Verpackungsort, hier Platz greift, zum Steuerfasse von 10 Thlr. pro Ztr. ca. 6000 Thlr. Die Waffen werden den Gesetzen gemäß als Contrebande betrachtet und konfiszirt und das Schiff nebst Ladung bis zur Erlegung der Steuerstrafe in Pfand gehalten.

Wien, 14. Okt. Die „Gen.-Korresp.“ schreibt offiziös: Ein Berliner Blatt läßt sich aus München schreiben, es sei von der Borkonferenz kein Resultat zu erwarten, da Hannover und Kurhessen sich weigerten, beschließend an denselben Theil zu nehmen. Diese Nachricht entbehrt aller Begründung. Die Vertreter der genannten beiden Staaten unterzeichneten gleich allen übrigen Bevollmächtigten das Schlussprotokoll der Verhandlungen, mit deren Verlauf und Ergebnissen die österreichische Regierung nun vollkommen zufrieden sein kann.

Man spricht von neuen und verhältnißmäßig energischen Vorschlägen, die Oesterreich in jüngster Zeit in Betreff der polnischen Frage in Paris und London gemacht habe. Darnach würde Oesterreich den Westmächten die Vereinbarung und Abwendung eines Ultimatums an Rußland vorgeschlagen haben, in welchem die rückhaltlose Annahme der 6 Punkte nochmals kategorisch zu fordern wäre. Würde das Ultimatum in St. Petersburg verworfen, so würde Oesterreich seine Gesandtschaft gleich den Westmächten abberufen.

Wien, 15. Okt. Die bereits telegraphisch erwähnte Depesche des Grafen Rechberg vom 26. v. M. lautet nach der „Europe“ vollständig:

An Hrn. . . ., Minister Sr. K. K. Majestät am Hofe von . . .
Wien, 26. September.

Durch Hrn. Baron v. Werthern wurde mir gestern zur Uebermittlung an E. Kaiserl. Majestät die Antwort, welche E. Maj. der König von Preußen an die hohen Unterzeichner des Kollektivschreibens vom 1. d. M. gerichtet hat, überreicht, und gleichzeitig mit derselben eine Depesche des I. Ministers Hrn. v. Bismarck, der eine Abschrift des Berichts, welchen das I. Staatsministerium am 15. d. M. dem König erstattete, beigelegt ist.

Dieser Bericht ist bereits durch die ihm gegebene Veröffentlichung zu Ihrer Kenntniß gelangt, und ich verhoffe, daß Ihre Kenntniß der Sachlage dadurch, daß ich Ihnen Abschrift von der I. Antwort und von der Depesche des Hrn. v. Bismarck gebe.

Ich habe nicht verfehlt, die oben genannten Aktenstücke sofort an E. Maj. den Kaiser, gegenwärtig in Sicht, abzusenden.

Was jedoch den Eindruck anbetrifft, den dieselben auf E. Majestät machen werden, so läßt sich derselbe nur zu deutlich voraussehen. Mit tiefem Bedauern wird der Kaiser Kenntniß von Preußens Erklärungen nehmen, und es dürfte unzweifelhaft sein, daß dieses Gefühl von allen deutschen Herrschern und Regierungen getheilt wird, in deren Händen sich gegenwärtig Preußens Antwort befindet.

Diese Antwort rechtfertigt in der That die zahlreichen, im voraus laut gewordenen Besprechungen vollständig, daß Preußen sich den Reformbestrebungen seiner Bundesgenossen keineswegs anschließen, sondern sich im Gegentheil bemühen wird, die Fortbildung der Bundesverfassung durch unannehmbare Bedingungen zu hemmen.

Unserer Ueberzeugung nach sind die drei (präjudizialen) Hauptpunkte, von deren vorübergehender Annahme der königl. preussische Hof auch nur seinen Entschluß, über eine Bundesreform zu unterhandeln, abhängig machen will, nicht allein durchaus unverträglich mit der Aufrechterhaltung des Bundesprinzips in Deutschland, sondern es scheint uns auch sehr bezeichnend zu sein, daß Preußen den bestimmten Vorschlägen seiner Bundesgenossen allgemeine Ansprüche entgegensetzt, deren unbestimmte Form und deren Lücken keine klare und bestimmte Idee geben. Es wird keine erfreuliche und tröstliche, aber auch keine schwierige Aufgabe sein, diese Lücken eine nach der andern, so wie die schreienden Widersprüche, in welche die Minister Preußens in ihrer Berührung in ihrem Berichte vom 15. d. M. hereingerathen sind, schlagend nachzuweisen.

Ich glaube jedoch, daß die deutschen Regierungen sich dieser Aufgabe nicht minder entziehen können, nachdem sie, so außerordentlich dieses Verfahren auch sein mag, von der preussischen Regierung förmlich aufgefordert worden sind, einen vom königl. Staatsministerium an den König gerichteten Bericht zum Gegenstande ihrer Beratungen zu machen.

Der einzige Umstand, von dem wir mit Befriedigung Akt nehmen können, ist der, daß der König und seine Minister es nicht für angemessen erachtet haben, direkt und ausdrücklich den deutschen Souveränen gegenüber den in einem früheren ministeriellen Berichte formulirten Vorwurf zu wiederholen, als würde die Würde und Macht Preußens durch die Frankfurter Vorschläge verletzt.

Augenblicklich kann ich keine andere Absicht haben, als Ihnen meine ersten Eindrücke wiederzugeben, und Ihnen somit ein bloß vorläufiges Urtheil über die Schritte äußern, zu welchen die Theilnehmer an dem Frankfurter Reformwerke sich gegenwärtig veranlaßt fühlen werden.

Nach meiner Ansicht würde in einem Tone bundesgenössischer Freundschaft eine unbedingte Ablehnung der preussischen Stipulationen zu revidiren und dem Berliner Kabinet mittelst identischer Depeschen aller bei der Reformakte interessirten Regierungen nebst der dringlichen Erklärung zuzustellen sein, daß man hoffe, Preußen werde nicht auf seinen unannehmbaren Vorbedingungen bestehen, sondern bereitwillig auf der Grundlage der schon von 24 deutschen Regierungen gebilligten Vorschläge unterhandeln. Die Erklärung, daß diese Vorschläge unmöglich ohne praktischen Erfolg bleiben könnten, würde in jenen identischen Depeschen vollkommen gut angebracht sein.

Ferner würden einige der Höhe, die zwar die Reformakte nicht en bloc annehmen wollen, aber doch am Fürstentag zu Frankfurt in einem, dem Hauptzweck günstigen Sinne Theil genommen haben, namentlich die Höhe von Mecklenburg-Schwerin und von Sachsen-Weimar, einzuladen sein, sich jenem Schritt anzuschließen, so weit sie das wenigstens mit ihren Ansichten verträglich finden.

Inzwischen können Ihnen diese Bemerkungen als Richtschnur für Ihre Mittheilungen dienen, und brauche ich wohl nicht erst hinzuzufügen, daß ich mit dem lebhaftesten Interesse Ihren Bericht darüber erwarte, wie man in . . . über die preussische Antwort denkt.

Empfangen Sie etc. gez. Rechberg.

Wien, 15. Okt. In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses nahm der Präsident Fürst Auersperg nach Erledigung der Formalien das Wort. Er bemerkte nach der „Generalkorresp.“:

„Ehe wir zur weitem Tagesordnung übergehen, fühle ich mich veranlaßt, ein Ereigniß in Erinnerung zu bringen, welchem die Mitglieder des hohen Hauses unzweifelhaft mit lebhaftem Interesse gefolgt sind. Es ist dies der zu Frankfurt abgehaltene Kongreß der deutschen Fürsten. Die Einladung zu diesem Fürstentage hat die deutsche Frage in eben so würdevoller, als sachgemäßer Weise zur Verhandlung gebracht. Die entsprechende Reform des Bundes wurde seinen erlauchten Genossen anheim gegeben, unter gleichzeitiger Anregung dessen politischer Ausübung mit Rücksicht auf die geistige Entwicklung und Befähigung seiner Bevölkerung. Und so war für eine, vielfachen Interessen zuzugende Lösung der hohen Aufgabe des Deutschen Bundes vorgebracht. Oesterreichs Adler hat einen kühnen Flug gethan, und je höher er steigt, desto mehr Länder Wohlfahrt fast er schließend in's Auge und erweitert den Umkreis aufrichtiger Anhänger seiner Macht; und wie freudig der Doppeladler in seinem Verufe, Freiheit und Brüderlichkeit zu sichern, in Deutschlands Gauen begrüßt wurde, eben so lebhaft hat es im Kaiserthum von Zurufen stolzer Befriedigung widerhallt. Folgend nach der Uebereinstimmung dieser für Oesterreich und in Oesterreich mächtig gehobenen Stimmung, finden wir dieselbe in der Person unseres erlauchten Monarchen. Das Vertrauen, mit dem seiner hochherzigen, aufopferungsbereiten Fürsorge für die Segnungen wahren Völkerglücks im Kaiserreiche gehuldigt wird, hat in den deutschen Landen eine zweite Heimath aufgeschlagen. Dem edlen Sinn der kaiserlichen Politik, welche mit gleichem Bedacht die gewünschte Selbständigkeit der einzelnen Theile, wie die einflussberechtigte Nachsicht des Ganzen zu pflegen gemeint ist, wurde von Fürsten und Völkern warme Anerkennung gezollt; und während, den erhabenen Intentionen des mächtigen Bundesgenossen beispizien, die Bahn zur Erhaltung des Bundes und seiner politischen Bedeutung betreten wurde, hat sich das innige

Band des Vertrauens und der Zuversicht für das in verjüngter Kraft erblühende Oesterreich entfaltet. Wer den Gedanken an diese, das Ansehen und die Haltung des Kaiserthums kräftigenden Vorgänge mit Freude begrüßt, der wird mächtig ergriffen von dem Gefühle des Dankes für den erlauchten Herrscher. Lassen Sie uns daher Oesterreichs Ehren feiern mit dem Ausdruck der Begeisterung für seinen erlauchten Regenten. Hoch lebe unser allergnädigster Herr und Kaiser. Hoch!

Das Haus erhebt sich und bringt ein dreimaliges Hoch aus. — Auf der Tagesordnung stand zunächst der Bericht der politischen Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Aufhebung des politischen Exekutionensses.

Die Kommission beantragt: Der von dem Hause der Abgeordneten mitgetheilte Gesetzentwurf sei dormalen abzulehnen, jedoch die Regierung zu ersuchen, die Landtage derjenigen Länder, in welchen die Aufhebung von Ehen an die Einholung eines politischen Exekutionensses gebunden ist, in ihrer nächsten Session um ihr Gutachten zu vernehmen, ob und welche Hindernisse der Aufhebung dieser Beschränkung im Wege stehen oder welche Vorkehrungsmaßregeln hiebei erforderlich seien — und sodann die weitem geeigneten Einleitungen zu treffen. (Das Abgeordnetenhaus hat befanntlich die Aufhebung des politischen Exekutionensses beschlossen.)

Der Antrag wurde gegen die Stimme Auersperg's angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war der Bericht der Justizkommission über die Abänderung des §. 7 der Notariatsordnung.

Die Kommission beantragt: Das hohe Haus wolle beschließen, der von dem Hause der Abgeordneten mitgetheilte Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 7 der Notariatsordnung vom 21. Mai 1855 Nr. 94 N.-G.-B. sei anzunehmen und hievon die Regierung zur Erwirkung der allerh. Sanktion in Kenntniß zu setzen.

(§. 7 der Notariatsordnung, dessen Aufrechterhaltung das Abgeordnetenhaus beantragt, bestimmt, daß der Bewerber um eine Notarstelle der christlichen Religion zugethan sei.) — Nach einer eingehenden Debatte wurde der Ausschussantrag angenommen. Auf Antrag des Präsidenten wird auch die dritte Lesung der beiden Gesetze vorgenommen und diese endgiltig zum Beschluß erhoben.

Frankreich.

Paris, 16. Okt. Heute versammelte sich der Ministerrat und der Geheimrath unter Vorsitz des Kaisers. Hauptgegenstand der Berathung waren die durch den Tod des Hrn. Billault gebotene Modificationen. Dem Vernehmen nach wäre wirtlich Hr. Rouher zum Nachfolger des Hr. Billault bestimmt. Der Präsident des Staatsraths scheint jedoch keine sonderliche Lust zu haben, die — Angesichts der zu eröffnenden Session — voraussichtlich dornenreiche Hinterlassenschaft des verstorbenen Staatsministers anzutreten. Nimmt Rouher nicht an, so dürfte der Nachfolger Billault's Hr. Baroche sein und in diesem Fall durch Hrn. Dupin, v. älteren, ersetzt werden. Uebrigens ist von Hrn. Dupin auch als künftiger Senatspräsident die Rede, da, wie schon bemerkt, Hr. Troplong kaum im Stande sein dürfte, die Präsidentschaft zu führen. Ferner ist die Rede, dem Minister des Innern, Hrn. Boudet, welchem Billault in mehr als einer Beziehung fehlen wird, den ehemaligen Generalsekretär des Hrn. v. Persigny, Hr. Thuillier, beizugeben, um die Handhabung des allgemeinen Stimmrechts bei den letzten Wahlen, vorzugsweise sein Werk, vor den Kammern als Regierungskommissär zu verteidigen.

Die „France“ erinnert heute in einem „Die Verantwortlichkeit Europa's“ überschriebenen Artikel an die unter der Ache glimmende polnische Frage. Der „Status quo“ kann der „France“ zufolge in keinem Falle fortbauern: entweder müsse sich die gemeinschaftliche Aktion durch Akte und Resultate betätigen, oder Frankreich müsse Europa verantwortlich machen für den eingetretenen Stillstand. Nur die erstere Lösung scheint der „France“ logisch und wahrscheinlich. Die zweite sei unzulässig, nicht für das Frankreich von Sebastopol und Solferino, sondern für Europa. „Während Frankreich — fährt die „France“ fort — mit sich selbst bereit ist, zu handeln, sollte Europa sich ohnmächtig erklären, die polnische Frage zu lösen? Ein solches „non possumus“ wäre die Verdamnung Europa's, wie die Verträge es schufen. Weder Oesterreich noch England können sich in diese Rolle fügen. . . . Alle Aufreizungen an die Adresse Frankreichs sind daher zwecklos; nicht auf Paris, sondern auf London und Wien muß man wirken.“ — Der gestrige diplomatische Empfang bei Hr. Drouyn de Lhuys war sehr belebt. Unter den Anwesenden bemerkte man den englischen Geschäftsträger, ferner Hrn. v. Budeberg, den Grafen v. d. Holtz u. A.; Hr. v. Nigra ist unwohl. — Fürst Metternich wird nicht vor dem nächsten Monat in Paris eintreffen. — Heute Abend findet in der Großen Oper „auf Befehl“ eine Aufführung der „Stimmen von Portici“ statt. Der Kaiser und der König von Griechenland werden dieser Vorstellung beiwohnen. — Das gestrige Galadiner in St. Cloud bestand aus nicht weniger als 64 Gedecken. Die Prinzen und Prinzessinnen, die Minister, Marschälle und ihre Gemahlinnen u. s. w. waren geladen. Dieser Tage wird dem jungen König zu Ehren auch eine große Revue stattfinden. — Heute, am Todestag der Königin Maria Antoinette, wurden in der Südpfapelle der Rue d'Anjou und in den meisten übrigen Kirchen von Paris Todtenmessen gelesen.

In der Kirche St. Germain l'Auxerois sind zahlreiche Arbeiter mit den Vorbereitungen zur morgigen Bestattungsfeier Billault's beschäftigt. Von Morgens 7 Uhr bis zum Augenblick, wo der Leichenzug sich vom Staatsministerium in Bewegung setzt, werden die Invaliden von Stunde zu Stunde einen Kanonenschuß abfeuern; beim Aufbruch des Zugs und dann bei Einjüngung des Sarges auf dem Kirchhof Montparnasse werden Salven von je 15 Schüssen abgefeuert. Die Truppen, welche dem Sarge das Geleite geben, werden unter Befehl eines Marschalls stehen. — Wie die „Patrie“ wissen will, sind die Aktenstücke, welche in dem „Gelbbuch“ figuriren sollen, bereits der kaiserl. Druckerei übergeben. — Dasselbe Blatt erfährt aus London, daß

das englische Ministerium wegen des Ansehens des Fürsten Czartoryski, um Anerkennung Polens als kriegsführende Nation, in der letzten Verhandlung zu keinem Entschluß gelangen konnte. Die Majorität sprach sich im Sinne der Vertagung aus. — Die Division der Panzerschiffe verläßt Montag Brest, um die Azoren und Kanarischen Inseln zu besuchen. — Börse flau. Rente wich auf 67.15, der Cred. Mob. auf 1140, ital. Anl. 73.40.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Okt. (Köln. Ztg.) Der Glaube an eine Exekution in Holstein hat in den letzten Tagen hier auf eine merkwürdige Weise abgenommen. Als Maßregel, welche von dänischer Seite zu einer friedlichen Ausgleichung und Einleitung neuer Verhandlungen zwischen den deutschen Großmächten und Dänemark beitragen könnte, nennt man eine vorläufige Suspendirung der königl. Bekanntmachung vom 30. März d. J., und wir haben Grund, anzunehmen, daß die Bestrebungen der vermittelnden Großmächte dahin gehen werden, daß ein solcher Schritt von Seiten der dänischen Regierung wirklich geschehe. Daß die Regierung in Folge einer solchen Einräumung einer starken Opposition hier im Lande begegnen muß, sieht sich anzunehmen, wiewohl man auf der andern Seite es hier für einen bedeutenden Fortschritt ansieht, daß unterdessen die neue Verfassung für Dänemark und Schleswig als eine vollführte Thatsache dastehet. — In der am 12. d. Mis. abgehaltenen Reichsraths-Sitzung wurde der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die einstweilige Organisation der dänisch-schleswigen Heeresabtheilung“, zum ersten Male verhandelt.

Baden.

* Aus dem Mittelrheinkreis, 15. Okt. In Nr. XV seines Verordnungsblatts verfügt der groß. Oberschulrath, den Unterricht an Gelehrtenschulen betr., Weiteres bis zu der bevorstehenden allgemeinen Revision des Lehrplans verparand, zur Beachtung für das jetzt begonnene Schuljahr folgendes: 1) Als Minimalmaß des Quantum der Lektüre in den klassischen Schriftstellern werden bestimmt: a. für Homer in Unterquinta 2, in Oberquinta 4 Gesänge der Odyssee und 12 Gesänge der Iliade in den beiden obersten Jahreskursen zusammen genommen; b. für Herodot ein Buch; c. für Tacitus zwei Bücher; d. für Horatius zwei Bücher Oden, bzw. für b—d eine entsprechende Auswahl gleichen Umfangs und bei d ebenso etwa die Hälfte der Satiren und Episteln. 2) Bei der Behandlung der alten Autoren soll außer der grammatikalischen und historisch-antiquarischen auch die logisch-ästhetische Erklärung, welche den Gedankenzusammenhang und die Komposition zu ihrem Inhalt hat, die ihr gebührende Rücksicht finden. 3) In den französischen Lehrstunden soll wenigstens von der Oberquinta an, wenn irgend thunlich, der Verkehr zwischen Lehrer und Schüler in französischer Sprache stattfinden. 4) Die gleichzeitige Lektüre mehrerer griechischen oder römischen Schriftsteller ist möglich zu vermeiden — der Dichter und der Prosaiker sollen in der Regel seltenerweise abwechseln. 5) Ebenso soll der mathematische Unterricht in Algebra und Geometrie seltenerweise getheilt werden. 6) Eigenmächtige Kürzungen der in der Schulordnung vorgeschriebenen Lehrpena dürfen nicht vorgenommen werden. 7) Im Griechischen soll die Aussprache in allen Klassen und Anstalten eine gleichmäßige, mit Beachtung auch des Accents sein. Die nachträgliche besondere Erklärung des Accents bei sonstiger Vernachlässigung desselben erscheint unzulässig; vielmehr kann und soll die Berücksichtigung der Accentuation von Anfang an im griechischen Unterricht in Aussprache und Schrift nehmend gehen. 8) Die Aufsatzhemata sind in den Jahresberichten zu veröffentlichen. 9) Die Solation der Abiturienten ist, sofern deren Examen nicht während oder nach den öffentlichen Prüfungen stattfindet, erst nach demselben vorzunehmen. Endlich 10) wird zur Belebung des beruflichen Verkehrs den Lehrern und zur einheitlichen Handhabung des Unterrichts wiederholt auf die vorchriftsmäßigen Besprechungen der Lehrer über Lehrpena, Methode und dgl. aufmerksam gemacht. Im Einverständnis mit dem erzbischöflichen Ordinariat wurden die von der hochseligen Frau Wittgästin Maria Viktoria Pauline von Baden gestifteten 12 Schullehrerprämiën, im Betrag von 340 fl., für das Schuljahr 1862/63 in verschiedenen Raten von 40 — 20 fl. an die Lehrer Fünzer zu Hartung, Dummel zu Wagenstadt, Hornung zu Stadt Rehl, Störk zu Sandweier, Schmitt zu Wahlberg, und Krummer zu Hundbach aus der ehemaligen Diözese Straßburg, und aus der ehemaligen Diözese Speier ebenso an die Lehrer Seiter zu Wahlb., Baader zu Baden, Klosser zu Muggensturm, Linz zu Beuern, Henrich zu Durmersheim, und Doll zu Gernsbach vertheilt.

Vermischte Nachrichten.

— Frankfurt, 16. Okt. (Fr. Z.) Der Arbeiterbildung-Verein verhandelte dieser Tage in zwei Generalversammlungen den wiederholt eingebrachten Antrag, den Vorsitzenden des Ausschusses der deutschen Arbeitervereine, Hrn. Sonnemann, auszuschließen. Nach langen Debatten wurde der Antrag mit 48 gegen 22 Stimmen verworfen. Sofort nach dieser Abstimmung erklärten drei der Antragsteller, Heymann, Weinert, Bärgruber, unter großem Beifall ihren Austritt aus dem Verein. Heymann forderte das dem Verein auf Kredit gelieferte und theilweise noch unbezahlte Mobilien sofort zurück. Der Vorsitzende, Hr. Dr. Müller, bemerkte hierauf, daß dies nicht vor die Versammlung, sondern vor den Vorstand gehöre; er überlasse es den Mitgliedern, wie sie über ein solches Verfahren urtheilen werden. Dieser Vorfall ist insofern von Bedeutung, als die austretenden Herren entschiedene Anhänger Lassalle's sind.

— Augsburg, 15. Okt. Der „Allg. Ztg.“ wird von einem Passagier geschrieben: Man sollte es kaum für möglich halten, daß, wie gestern Abend geschah, der Lokomotivführer des von Nürnberg kommenden Güterzugs von Nördlingen aus dem daselbst abfahrenden Leipziger Schnellzug unmittelbar folgte und fast mit letzterem um die Wette fuhr! So überfuhr denn auch bei Harburg, bei noch lichter Abenddämmerung, der Güterzug den Schnellzug. Die Lokomotive des letztern warf sogleich den Gepäckwagen des letztern aus dem Geleise und schleuderte ihn zwanzig Fuß von der Bahn fort. Die Nacht des Stößes auf sämmtliche Wagen war fürchterlich. Nur dem Umstand, daß der Schnellzug nicht hielt, die Lokomotive des Güterzugs allerdings von ihrem Führer, der herabsprang, im Bremsen begriffen war, ist es zu danken, daß nicht Menschenleben verloren gingen. Ein Passagier brach den Arm, viele Andere erlitten mehr oder minder erhebliche Verwundungen. Der Beamte des Packwagens, die Gefahr voraus-

sehend, hatte sich gleichfalls durch einen Sprung gerettet. Ein aus Harburg herbeieilender Arzt leistete die nächste Hilfe.

— Die Befreiungshalle in Kelheim. (Bayer. Ztg.) Der Grundstein zur Befreiungshalle wurde am 19. Okt. 1842 gelegt. Erster Architekt derselben war Gärtner; nach dessen Tod (1847) erhielt L. v. Klenze den Auftrag zur Vollendung des Baues und änderte denselben derart, daß die Kuppel, welche den Bau überwölbt, von außen nicht sichtbar wird. Auch fielen die Arkaden der Außenseite weg, und an deren Stelle traten massive Strebepfeiler, welche germanische Jungfrauen mit Tafeln in den Händen tragen. Im griechischen Style gehalten, bildet das Ganze einen Rundbau, welcher durch oben einfallendes Licht glänzend beleuchtet wird. Ein Unterbau von drei mächtigen Stufen, welche zusammen 24 Fuß hoch sind, trägt die Rotunde. Die auf 8 Fuß hohen Strebepfeilern aufgestellten germanischen Jungfrauen tragen dicke Eisenkränze um das Haupt, dessen reichgeflochtene Haare über Brust, Schultern und Rücken fließen. Sie halten längliche Tafeln, auf denen die Namen deutscher Volksstämme verzeichnet sind und werden deshalb auch Provinzen genannt. Die Namen sind: „Oesterreicher, Bayern, Tyroler, Böhmen, Franken, Schwaben, Rheinländer, Thüringer, Hessen, Westfalen, Medlenburger, Pommeren, Brandenburg, Schlesier, Sachsen, Wärrhen, Hannoveraner, Preußen“. Die Inschriften „Oesterreicher“ und „Preußen“ stehen zur rechten und linken Seite des Portals. Jede der Figuren ist 20 Fuß hoch. Ueber diesen „Provinzen“ erstreckt sich eine Säulengalerie eine großartige und entzückende Rundsicht auf das Donau- und Altmühlthal. Ueber der aus 54 Säulen von je 16 Fuß Höhe gebildeten Gallerie schließt ein zierlich durchbrochenes Steingelände den Bau, und das mit Kupfer gedeckte Dach erhebt oberhalb des einfallenden Lichtes mit einer kumpfen Spitze. Die Höhe des Baues beträgt nach Hinwegrechnung der drei Stufen, die den Unterbau bilden, 180, der Gesamtdurchmesser, die drei Stufen mit eingerechnet, 236, die Sprengweite der Kuppel 100, die Höhe der Kuppel 66, der Durchmesser der Kuppelöffnung 25, die Dicke der Hauptmauern 8, die Breite des äußeren Ganges, wo die Kandelaber stehen, 18, jene des inneren Ganges 12, der Durchmesser des Marmorfußbodens 96, die Höhe des Portals 23 und dessen Breite 10 Schuh. Ueber dem Portale liest man die folgende Widmung:

Den Teutischen Befreiungskämpfern Ludwig I. König von Bayern MDCCCLXIII.

Das Material des Baues besteht seiner Hauptmasse nach aus Ziegelfein; die Thürnen ausgenommen, ist im ganzen Gebäude kein Holz verwendet. Die Kalkbruchsteine lieferten die Steinbrüche von Kelheim und Gernwies, den Marmor die Brüche von Schlanders (Tyrol), Tegernsee, Bayerisch, Siena, Salzburg und Cervateja. Den Granit die Brüche von Hainzenberg bei Passau, vom Fichtelgebirge und von Rosenheim. Das Innere des Baues, von einer sog. Paterne erhellt, bietet durch seine Marmorwände allein schon einen feinsten Anblick. Auf einem ungefähr 6 Fuß hohen und entsprechend breiten Fußgestelle umschließen als die Symbole der 34 deutschen Staaten eben so viele Viktorien aus farvarischem Marmor den Bau. Je zwei derselben halten den zwischen ihnen auf einem niederen Marmorfuß ruhenden Bronzeschild, während sie die freie Hand den benachbarten bieten. Die zunächst des Portals aufgestellten Viktorien tragen je in der einen Hand einen Palmzweig, links vom Portal beginnend, liest man erhaben in römischer Kapitälchrift auf dem vergoldeten Bronzeschild: „Treffen bei Daniglow 5. April 1813. Schlacht bei Großbeeren 23. August 1813. Schlacht an der Kabba 26. August 1813. Schlacht bei Kulm 30. August 1813. Schlacht bei Dennewitz 6. September 1813. Treffen bei Wartenburg 3. Oktober 1813. Schlacht bei Leipzig 16. bis 19. Oktober 1813. Schlacht bei Brienne 1. Februar 1814. Treffen bei Bar sur Aube 27. Februar 1814. Treffen bei La Guillotterie 3. März 1814. Schlacht bei Laon 10. März 1814. Treffen bei Limonest 20. März 1814. Schlacht bei Arcis sur Aube 20. und 21. März 1814. Treffen bei La Fere Champenoise 25. März 1814. Schlacht von Paris 30. März 1814. Schlacht von Waterloo 18. Juni 1815. Treffen bei Straßburg 28. Juni 1815.“ Auf der Rückseite der oben erwähnten Schilde ist die Bemerkung eingravirt, daß alle aus eroberten Geschützen gegossen sind. Ueber den Segmenten der arkadenartigen Nischen, in welchen die Viktorien stehen, prägen auf weißmarmornen, länglich-viereckigen Tafeln mit erhabenen Goldbuchstaben die Namen von 18 deutschen Heerführern und auf einem Band des Gesimses unterhalb der Säulentreihe die Namen von jenen 18 Festungen, welche in den Befreiungskriegen eine bedeutende Rolle spielten oder den Franzosen abgenommen wurden. Die 18 Heerführer sind: Schwarzenberg, Blücher, Brede, Nadeßky, Schwarzhorn, Gneisenau, Wilhelm, Kronprinz von Württemberg, Wilhelm, Herzog von Braunschweig, Friedrich, Erbprinz von Hessen-Homburg, York, Klenau, Bülow, Gylai, Kleiß, Colloredo, Tauenzien, Jöthen, Bubna. Die Namen der Festungen lauten: Thorn, Spandau, Dresden, Arnheim, Erteln, Torgau, Danzig, Bittenberg, Herzogenbusch, Küstrin, Besort, Naubeuge, Marienburg, Philippville, Hünningen, Auxonne, Metziers, Longwy. Dem Portale gegenüber geleitet eine eiserne Schneckenstiege mit 85 Stufen zu der innern und eiliche Stufen weiter zu der äußern Säulengalerie. Das Gesims, auf welchem die Namen der oben erwähnten festen Plätze prägen, trägt eine offene Gallerie von 72 Granitsäulen, welche je zwei und zwei hinter einander stehen. Die Kuppel selbst ist kassirt und enthält 252 Felder mit Goldgrund. Am Fußboden umgeben konzentrisch gehaltene Marmorfliesen eine Kreisfläche, welche die Inschrift enthält: „Möchten die Teutschen nie vergessen, was den Befreiungskampf notwendig machte und wodurch sie siegest.“

— Köln, (Köln. Ztg.) Die seit dem Frühjahr leidende Gesundheit des Hrn. v. Bederath nöthigt ihn, für längere Zeit aus der öffentlichen Wirksamkeit zurückzutreten und demgemäß auch das ihm auf dem Handelsstag zu München übertragene Amt eines Mitgliedes und Vorsitzenden des bleibenden Ausschusses des Handelsstags niederzulegen.

— Leipzig, 15. Okt. (Fr. Z.) So eben erscheint die erste Prüfungsliste zur vierten Generalversammlung des deutschen Nationalvereins. Sie reicht bis gestern Abend und enthält 110 Namen. Die heutige wird doppelt bis dreifach so stark sein. Die vertretenen Orte sind namentlich: Hamburg, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. M., Koburg, Berlin, Greifeld, Potsdam, Darmstadt, Weimar u. s. w. Wir begegnen den Namen Schulze-Delitzsch, Rechtsanwalt Streif, Wittich und Adolof Mey; Adolof Fries, Prof. L. Gardt u. A. sind ebenfalls amwesend. Letzterer war vom kaufmännischen Verein aufgefordert worden, zur Vorfeier des Schlachttages heute einen Vortrag zu halten. Da seine Antwort nicht sogleich eintraf, wählte der Vorstand Hrn. Prof. Dr. Biederermann von hier. Derselbe liest also heute am genannten Orte über „den Befreiungskrieg und seine Folgen für die national-ökonomischen Interessen Deutschlands.“ — Auf den Promenaden rings um die Altstadt sieht man bereits die Vorbereitungen

zu der Illumination der Feldherrn- und Dichternamen; ebenso stehen bereits Reihen von Dekorationsbandelabern von außerordentlicher Höhe auf dem Augustusplatz aufgerichtet. Man fängt an, die Messbuden abzubauen. Heute erschien auch das endgiltige spezielle Programm der Feier. Die Weihebeim Feicicus-Denkmal wird darnach Dr. jur. Joseph, Vorsitzender unserer Stadtverordneten, halten. Bei der Grundsteinlegung des Nationaldenkmals auf dem Schlachtfelde spricht Bürgermeister Dr. jur. Koch. Die Ausstellung der historischen Sammlung des „Vereins zur Feier des 19. Oktobers“ hat begonnen; die Autographen darin sind andertshundert Nummern stark. Mit vierzehn Nummern beginnt Oesterreich den Reigen; Polen schließt. Jede Nummer ist ein Feldherr oder Staatsmann aus jener Zeit.

— Leipzig, 15. Okt. (D. A. Z.) Bis gestern Nachmittag 2 Uhr waren beim hiesigen Festausfluß zur Oktoberfeier 1063 Veteranen angemeldet, welche sich vertheilen auf Preußen mit 769, Oesterreich 64, Sachsen 159 (Uebergetretene und einzelne schon früher in preussische Dienste Gegangene), Altenburg 20, Weimar 16, aus dem übrigen Deutschland zusammen 35. In Preußen sind durch Veteranen vertreten 163 Ortschaften, in Oesterreich 19, in Sachsen 92, in Altenburg 4, in Weimar 6; die andern sind vereinzelt. — Zum 18. Okt. werden die Gräber der auf dem hiesigen Friedhof beerdigten Freiheitskämpfer bekränzt werden. Ueber die Einrichtung der Festfeier am 19. Okt. hören wir vorläufig so viel, daß an den vier offiziellen Festtagen die Städte Leipzig, Berlin, Wien und Stuttgart durch ihre resp. Vertreter präsidiren, die Städte Hannover, Karlsruhe u. A. ihnen dabei assistiren werden.

— Leipzig, 15. Okt. Wie der „Generalkorresp.“ geschrieben wird, erwartet man zu der Jubelfeier des 18. Okt. von österreichischen Veteranen u. A. die Generale Baron Berger, v. d. Pleiß, Graf Civalart, Graf Haugetwiz, Baron Roffbach, Graf Thurn-Walle Saffina.

— Bremen. (Wes.-Ztg.) Der Senat hat der Bürgerschaft angezeigt, daß er zu der Ueberzeugung gelangt sei: die von der Bürgerschaft beschlossene Freiegebung des Wäflergeschäfts erscheine für die hiesigen Verhältnisse nicht rathlich, weshalb er auf die beantragte Deputationsberatung nicht eingehen könne. Eine Motivirung ist in der Mittheilung nicht enthalten.

Karlsruhe. Deffentliche Vorträge über Weltgeschichte der Kunst. In Folge allerhöchster Entschlieung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs vom 14. Juli 1862 war Hr. Prof. Dr. L. Gardt von der Generaladministration der groß. Kunstanstalten beauftragt worden, mehrere Winter hindurch — vom November bis und mit März — über Aesthetik und Kunstgeschichte öffentlich zu lesen. Diese Vorträge, achtzehn bis zwanzig an der Zahl, finden auch diesen Winter jehwöchentlich einer am Montag um 7 Uhr im Foyer des Hoftheaters statt, und ist zu ihnen den Vorständen der hiesigen Kunstanstalten, den selbständigen Künstlern und den Kunstschülern, den Mitgliedern des Hoftheaters, der Hofkapelle u. s. w. der freie Zutritt gestattet. Für das Gesamtpublikum, Herren und Damen, liegt vom 20. Oktober an eine Einzelzählungsliste (die Karte zu 4 fl.) in der A. Vielesfeld'schen Hofbuchhandlung auf. Doch können des beschränkten Raumes wegen nur eine bestimmte Anzahl Plätze vergeben werden. Der erste Vortrag findet Montag den 9. November, Abends 7 Uhr anfangend, statt.

Nachdem Hr. Professor Gardt seinen Zuhörerkreis in das reiche Gebiet der Aesthetik eingeführt und auf der Grundlage einer ideal-realistischen Kunstanthauung einen bestimmten kritischen Maßstab genommen hat, will er die geschichtliche Entwicklung der Kunst an unseren Blicken vorüberführen, und zwar eine Weltgeschichte der Kunst entrollen. Er stellt sich nämlich die bisher nur von ihm und Carriere in München versuchte Aufgabe, nicht bloß die Geschichte einer Kunst, z. B. der Musik, der Malerei, sondern die Geschichte aller Künste in ihrer gleichzeitigen Entwicklung, die Einwirkung der einen auf die andere, die unter ihnen im Laufe der Zeit wechselnde Oberherrschafft u. s. w. darzustellen. Dadurch erschließt sich ein vollständiger Einblick in das ganze Leben der Phantasie der Völker, ja der Menschheit. Weil die Kunst die Blüthe alles Seins und Strebens eines Volkes ist, sich in ihr, in ihren Monumenten jede Zeit verewigt, führt die Betrachtung ihres Werdens auf die Gesamtentwicklung zurück. Daher wird Hr. Professor Gardt, um die Geschichte der Kunst veranschaulichen zu können, einen kulturgeschichtlichen Hintergrund entrollen, eine Weltgeschichte in gedrängten Umrissen entwerfen müssen.

Zunächst wird das so oft besprochene und so selten verstandene Alterthum den Stoff der Vorträge bilden, die alte Bau- und Bildhauerkunst mit ihren Monumenten, die Malerei und Musik, die Dichtungswerke der Alten.

Zeichnungen von Künstlerhand, musikalische Beispiele wie im letzten Winter, gewählte Bruchstücke aus den orientalischen, griechischen und römischen Dichtern sollen eine ferne, aber für die Kunst hochwichtige Zeit Allen verständlich und anschaulich machen.

Hieran knüpft sich später die Darstellung des Mittelalters und der neuen Zeit.

In Folge einer besondern Anordnung werden im Sommer jehwils im Kupferstichkabinet von Hrn. Professor Gardt für die Eleven der Kunstschule noch eingehendere Vorträge über einzelne Partien der Kunstgeschichte angereicht werden.

Die Durchführung des oben angebotenen neuen Versuchs dürfte, wie der Vortrag über „Aesthetik“ im letzten Winter, von unserm kunstsinigen Publikum mit ermunternder Theilnahme begleitet werden.

Beantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 18. Okt. 3. Quartal. 108. Abonnementsvorstellung. Bei festlich erleuchtetem Hause, zur Feier des Gedächtnisses an den Schlachttag bei Leipzig. Zum ersten Male: Die Herrmannschlacht; wätersländisches Schauspiel in 5 Akten, von Heinrich v. Kleiß; für die Bühne bearbeitet von Feodor Wehl.

Dienstag 20. Okt. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil der Pensionsanstalt der großh. Hofbühne. Zum ersten Male: La Réole; Oper in 3 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer; Musik von Gustav Schmidt.

